

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

12.05.2011

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 22.03.2011

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:05 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 23.11.2010 - öffentlicher Teil -**
0065/2011
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Mitteilung des Bürgermeisters**
hier: Einführung eines Newsletters Kultur "Kultur-Ticker"
0091/2011
- 6 Verabschiedung des Sportentwicklungsplanes "Sport und Bewegung in Bergisch Gladbach"**
0072/2011
- 7 Entwurf eines Schulentwicklungsplanes für die Sekundarstufen I und II**
0124/2011
- 8 HSK Maßnahme 4.400.3, Schülerspezialverkehre**
0121/2011
- 9 Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Organisationsstruktur und Steuerung, Projekte 2011**
0657/2010
- 10 Kulturprojektförderung 2010**
0054/2011
- 11 Jugend musiziert**
0037/2011
- 12 Anmietung einer Bewegungshalle für die VHS**
0097/2011
- 13 Resolution des ABKSS zur Einschränkung der Förderung von Integrationskursen - Stand der Dinge**
0087/2011
- 14 Anträge der Fraktionen**
- 14.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zu Bürgerversammlungen zum Thema "Zukunft der Schulen in Bergisch Gladbach - Schulentwicklungsplan 2020"**
0120/2011
- 14.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB auf Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrganges 2013**
0063/2011
- 14.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zu "Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen und die Auswirkungen der Schulempfehlungen."**
0129/2011
- 15 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Auf Grund einer Erkrankung des Vorsitzenden Herrn Dr. Miede leitet die stellvertretende Vorsitzende Frau Lehnert die Sitzung des Ausschusses Bildung, Kultur, Schule und Sport.

Frau Lehnert eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung spielt der junge Pianist Erik Blatzheim (7 Jahre), Schüler der Max-Bruch-Musikschule und Sieger beim Regionalwettbewerb „Jugend musiziert“ in der Wertung Soloklavier zwei kleine Stücke auf dem Klavier vor.

Frau Lehnert dankt Erik Blatzheim für seinen Vortrag und begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste.

Vor Feststellung der Formalia richtet Frau Lehnert noch ein paar persönliche Worte an den ausscheidenden Museumsdirektor Herrn Dr. Vomm, der letztmalig an der Sitzung des Ausschusses teilnimmt. Sie dankt Herrn Dr. Vomm für seine Arbeit und sein großes Engagement. Ganz besondere Verdienste habe er sich beim Umbau und Ausbau der Villa Zanders zur Städtischen Galerie erworben und wunderbare Ausstellungen nach Bergisch Gladbach geholt. Auch der Umbau des Heimatmuseums Bensberg zum Bergischen Museum für Bergbau, Handwerk und Gewerbe trage ganz deutlich seine Handschrift. Sie dankt Herrn Dr. Vomm nochmals für alles, was er für die Heimatstadt Bergisch Gladbach geleistet hat und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute, besonders Gottes Segen. Im Namen von Herrn Dr. Miede überreicht sie Herrn Dr. Vomm ein kleines Geschenk. Die Mitglieder des Ausschusses schließen sich dem Dank und den Worten von Frau Lehnert an.

Frau Lehnert stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Frau Lehnert um Zustimmung den Tagesordnungspunkt 12 nach dem Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln, da Frau Dr. Killersreiter noch einen Anschlusstermin habe. Der Ausschuss dem zu.

Frau Lehnert tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Herr Santillán möchte eine Anmerkung zur Ausschusssitzung vom 23.11.2010 - Tagesordnungspunkt 8 – machen und diese auch im Protokoll vermerkt haben. Er habe damals geäußert, dass die Verwaltung den Ausschuss hier täusche und er sich getäuscht fühle. Der Ausschussvorsitzende habe ihn für seine Äußerung gerügt und gemahnt. Tatsächlich sei seine Äußerung von seiner Meinungsfreiheit in diesem Ausschuss gedeckt, weshalb er diese Rüge bzw. die Mahnung zurückweise.

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 23.11.2010**
- öffentlicher Teil -
0065/2011

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Frau Lehnert weist auf die drei Tischvorlagen hin, die bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten behandelt werden.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Ende März werde der erste Kultur-Newsletter „Kultur-Ticker“ erscheinen, herausgegeben vom Kulturbüro. Auf elektronischem Wege könnten so sehr schnell Informationen über die Kultur in Bergisch Gladbach herausgegeben werden. Dazu gebe es eine Tischvorlage. Auf seine Frage, ob alle Ausschussmitglieder mit der Zusendung des Kultur-Newsletters auf die der Verwaltung bekannten E-Mail-Adressen einverstanden seien, zeigten sich die Anwesenden einverstanden.
- Am 03. April 2011 werde im Schulzentrum Ahornweg von 10.30 bis 16.00 Uhr der Elternkongress ELKON 2011 für Eltern mit Zuwanderungsgeschichte stattfinden. Eltern könnten hier mit den verschiedensten Expertinnen und Experten ins Gespräch kommen. Auf dem Markt der Möglichkeiten könnten sich Organisationen, Verbände und Vereine präsentieren. Der Elternkongress sei eine gemeinsame Veranstaltung der Stadt Bergisch Gladbach (Integrationsrat und Jugendamt), der Caritas Integrationsagentur, dem Jugendmigrationsdienst der RAA und dem DRK.
- Der Antrag der FDP zur Einführung der Ehrenamtskarte sei noch in der Bearbeitung und werde in der nächsten Ausschusssitzung im Mai behandelt.
- Der Förderverein des Schulmuseums Katterbach habe von der NRW-Stiftung Fördermittel zur Errichtung eines Anbaus bewilligt bekommen. Eine der Auflagen der NRW-Stiftung sei, die Überführung des Anbaus in das Vermögen der Stadt.
- Herr Salyutov, Pianist, Dozent an der Volkshochschule und Initiator der Bensberger Rathauskonzerte habe in fünf Altentagesstätten bzw. Altenheimen jeweils einstündige, kostenfreie Konzerte gegeben. Er habe damit die Musik zu den Mitbürgerinnen und Mitbürgern bringen wollen, die nicht mehr so mobil seien.

5.1. **Mitteilung des Bürgermeisters**
hier: Einführung eines Newsletters Kultur "Kultur-Ticker"
0091/2011

Herr Dr. Speer weist auf die Tischvorlage hin. Ende März werde der erste Kultur-Newsletter „Kultur-Ticker“ erscheinen, herausgegeben vom Kulturbüro. Auf elektronischem Wege könnten so sehr schnell Informationen über die Kultur in Bergisch Gladbach herausgegeben werden.

Auf seine Frage, ob alle Ausschussmitglieder mit der Zusendung des Kultur-Newsletters auf die der Verwaltung bekannten E-Mail-Adressen einverstanden seien, zeigten sich die Anwesenden einverstanden.

6. Verabschiedung des Sportentwicklungsplanes "Sport und Bewegung in Bergisch Gladbach"
0072/2011

Frau Lehnert teilt mit, der Vorstand des Stadtsportverbandes habe darum gebeten, zu diesem Tagesordnungspunkt an der Diskussion, vertreten durch Herrn Neubauer, teilnehmen zu dürfen. Sie bittet die Ausschussmitglieder um ihre Zustimmung. Der Ausschuss zeigt sich einstimmig damit einverstanden.

Frau Lehnert stellt Herrn Dr. Eckl vom Institut für Kooperative Planung und Sportentwicklung vor. Herr Dr. Eckl werde eine kurze Erläuterung zu dem vom Institut erstellen Abschlussbericht zur kommunalen Sportentwicklungsplanung „Sport und Bewegung in Bergisch Gladbach“ geben. Danach könnten die Ausschussmitglieder dann Stellung nehmen.

Herr Dr. Eckl erläutert mittels einer PowerPoint-Präsentation den vom Institut erstellten Abschlussbericht. Die Präsentation ist als Anlage beigelegt.

Frau Lehnert bedankt sich bei Herrn Dr. Eckl für den Vortrag und stellt den Abschlussbericht zur Diskussion.

Herr Dr. Speer teilt mit, das Frauenbüro schlage vor, die Formulierung des Satzes „Die Befragung zum Sportverhalten zeigt auf, dass im Erwachsenenalter eine hohe Nachfrage nach breiten- und freizeitsportlichen Angeboten besteht, die zeitlich flexibel und ohne feste Bindung an Organisationen sind.“ unter Punkt 7.1.2 auf Seite 100 wie folgt zu ändern: „Die Befragung zum Sportverhalten zeigt auf, dass **Sportvereine die Interessen von Frauen nur wenig erreichen. Es besteht im Erwachsenenalter insbesondere bei Frauen eine hohe Nachfrage** nach breiten- und freizeitsportlichen Angeboten, die zeitlich flexibel und ohne feste Bindung an Organisationen sind.“

Herr Santillán möchte gerne nähere Erläuterungen zu dem Punkt „Erschließung von Grünflächen und Parks“ (Seite 100, Punkt 7.3.1.1). Ferner vermisse er Ausführungen über das Sportangebot für Menschen mit Beeinträchtigungen in der Stadt.

Herr Dr. Eckl erklärt, man solle ausgewählte Grünflächen und Parks besser vernetzen und für Sport und Bewegung erschließen. Es gehe hierbei nicht nur um die klassischen Bolzplätze. Eine Grünfläche könne an Attraktivität gewinnen durch z. B. die Einrichtung einer „Finnenlaufbahn“, eine Laufbahn, die mit Rindenmulch versehen ist und so eine sehr gelenkschonende Form der Bewegung ermögliche oder einem Fitness-Parcour, der mit einer Finnenlaufbahn gut kombinierbar sei. Möglich sei auch ein Niederseilgarten, ein Slack-Line-Parcour, eine Boule- oder Boccia-Anlage. Wichtig sei ihm, die Multifunktionalität dieser Anlagen für die Zukunft deutlich zu machen. Bezüglich der Ausführungen zum Sportangebot für Menschen mit Beeinträchtigungen erklärt er, habe man sich mit der Thematik beschäftigt. Die Inklusivität der Angebote müsse noch stärker berücksichtigt werden. Die Sportvereine sollten nach Möglichkeit ihre Angebote weiter öffnen. Es sei aber nicht über zusätzliche sportartspezifische Angebote für diesen Personenkreis diskutiert worden.

Frau Koshofer möchte gerne wissen, welchen Wert Herr Dr. Eckl dem Eissport und der Eissporthalle zubemesse.

Herr Eckl erläutert, mit dem Thema Eissport und der Eissporthalle habe man sich nicht beschäftigt. Dazu könne er keine Aussage machen. Auf Nachfrage von Frau Lehnert, warum dies kein Thema gewesen sei, teilt er mit, es sei von niemandem in der Planungsgruppe eingebracht worden und daher nicht thematisiert worden. Es sei auch nicht vorab von der Verwaltung oder der Politik als Punkt definiert worden. Daher hätten sie sich nicht mit dem Eissport beschäftigt.

Herr Neubauer dankt dem Ausschuss, dass der Stadt sportverband zu diesem Tagesordnungspunkt Gehör bekomme. Er möchte auf die Bilanzierung des Bedarfs an Frei- und Hallenbädern (Punkt 6.5) eingehen. Laut Abschlussbericht gebe es zur Analyse solcher Anlagentypen bisher wenig verlässliche Daten und Planungsparameter. Daher sei die Aussage „in Bergisch Gladbach sei wasser-mäßig alles in Ordnung“ zumindest mit einem Fragezeichen zu versehen. Die sei auch im letzten Planungsgespräch angemerkt worden. Auch finde er die Formulierung des Leitziels unter Punkt 7.3.4 auf Seite 117 missverständlich, da dieses Leitziel nicht als Zielsetzung formuliert sei. Er schlägt folgende grammatikalische Änderung vor: „In der Stadt Bergisch Gladbach **soll** es ein ausgewogenes Angebot an Wasserflächen für das Schulschwimmen, den öffentlichen Bade- und Schwimmbetrieb sowie den vereinsorganisierten Schwimmsport geben.“ Denn nur durch eine Zielsetzung, die auch klar als solche zu erkennen sei, wäre die Stadt weiterhin im Obligo, sich darüber Gedanken zu machen. Allgemein bekannt sei ja, dass die vorhandenen Wasserflächen für einen wirklich umfassenden Vereinsschwimmsport nicht ausreichten. Im Jahr 2008 habe man mit den beteiligten Vereinen einen Kompromiss gefunden, wonach diese mit den zur Verfügung gestellten 310 Bahnenstunden ihren Betrieb - zwar nicht optimal - aber aufrechterhalten könnten. Er vermisse auch die Formulierung des letzten Entwurfes, in dem von der Fortschreibung des jetzigen Bäderkonzeptes nach entsprechender Analyse von Alternativen die Rede gewesen sei. Er halte es für wichtig, dies zumindest als Protokollnotiz im Rahmen dieser Diskussion mit in die Entscheidung einfließen zu lassen.

Herr Dr. Eckl stimmt Herrn Neubauer bezüglich der Formulierung des Leitziels zu. Die Zielformulierung sei missverständlich. Alle anderen Leitziele seien als „soll“ definiert worden.

Herr Neu weist darauf hin, mit diesem Konzept seien auch massive politische Bedeutungen verbunden. Es solle Grundlage sein für das weitere Verfahren. Dem gegenüber stehe aber die derzeitige finanzielle Lage der Stadt, die zum jetzigen Zeitpunkt einen Ausbau an Hallen und Plätzen aber nicht zulasse. Allerdings handele es sich ja auch um einen langfristigen Plan. Er möchte noch auf einige Punkte hinweisen. Derzeit bestehe eine Unterversorgung an Sportplätzen und Turnhallen. Durch eine Frequenzsteigerung schon um 10 %, wie im Konzept angesprochen, könne zumindest das Problem bei den Turnhallen ausgeglichen werden. Es bestehe eine große Überversorgung an Wasserflächen. Dies sehe er auch so. Bezüglich der Sanierung der Hallen sei analog der Schulproblematik ein Sanierungskonzept mit Priorisierungen zu erstellen. Zu den von Dr. Eckl ausgeführten Kooperationen möchte er anmerken, diese würden schon von den Vereinen teilweise durchgeführt. Zuletzt möchte er Herrn Dr. Eckl und seinem Team für die Erstellung des Sportentwicklungsplans danken, sowie allen, die sich an der Diskussion beteiligt hätten. Er stelle eine gute Grundlage für das weitere Vorgehen im Sportbereich da.

Herr Rockenberg möchte noch einmal auf die Bädertematik eingehen. Diese habe in den Diskussionsrunden einen relativ breiten Raum eingenommen. Ein Eckpunkt sei das Wibera-Konzept aus 2003 gewesen, welches nach den gleichen Kriterien (Bevölkerungszahl, aktive Sportler, potentielle Nutzer usw.) erarbeitet worden sei, die auch Herr Dr. Eckl mit seinem Institut angewendet habe. Nur seien die Parameter unterschiedlich gewichtet worden. Der zweite Eckpunkt sei das vom Rat beschlossene Nutzungskonzept für Schulen und Vereine gewesen, in dem 310 Schwimmstunden für die Vereinsnutzung vorgesehen seien, rund 60 % der gesamten Zeiten. Dieses Kontingent sei in den Runden übereinstimmend als Basis genommen worden. Der Rat könne natürlich die Kontingente für Verein, Schule und Öffentlichkeit verändern. Zudem sei auch über den Zustand der Wasserflächen diskutiert worden. Überlegt worden sei, evtl. die beiden sanierungsbedürftigen Bäder zugun-

ten eines Neubaus aufzugeben. Diese Positionen seien aus seiner Sicht Votum in den Runden gewesen. Die Akzentuierung auf mehr Wasserflächen für die Vereine, also das Kontingent zugunsten der Vereine zu verändern, sei seiner Meinung nach nicht Beschluss in der Runde gewesen.

Auch Herr Krauss dankt Herrn Dr. Eckl und allen Beteiligten an der Erstellung des Sportentwicklungsplans. Er möchte sich den Ausführungen von Herrn Rockenberg anschließen. Er schlägt vor, in Zukunft die Wasserflächenverteilung zusammen mit der Bäder-GmbH und den Schwimmsportvereinen noch einmal überprüfen. Erfreulich sei für ihn die große Zahl aktiv Sport treibender Gladbacherinnen und Gladbacher. Den Vorschlag, Parks und öffentliche Anlage in Zukunft entsprechend den Vorschlägen von Herrn Dr. Eckl zu gestalten und so mit Leben zu befüllen, begrüße er. Auch halte er eine aktive Mitarbeit des Stadtsportbundes für wichtig. Anhand der Leitziele sehe er viele spannende Aufgaben. Er empfehle diesem Sportentwicklungsplan so zu folgen.

Herr Santillán stimmt Herrn Krauss grundsätzlich zu. Gut finde er die Schwerpunktlegung auf die Förderung des Breitensports, auch auf die Förderung der Aktivitäten der Menschen, die sich in ihrer Freizeit nicht in Vereinen organisieren wollen. Dies gehe für die Fraktion DIE LINKE./ BfBB genau in die richtige Richtung. Er möchte aber noch eine Anmerkung zu den Bädern machen. Der Punkt zur „Wirtschaftlichkeitsberechnung der Bäder“ sei eigentlich eine Abweichung von der derzeitigen Beschlusslage im Rat. Der Rat habe mehrfach beschlossen, das Schwimmbad Mohnweg zu erhalten. Hier weiche man jedoch deutlich davon ab. Grundsätzlich sehe er kein Problem in neuen Berechnungen und Überlegungen. Trotzdem möchte er auf die Beschlusslage hinweisen, nach der das Schwimmbad Mohnweg erhalten bleiben solle. Den Sportentwicklungsplan werde die Fraktion DIE LINKE./BfBB aber so mittragen.

Frau Lehnert weist Herrn Santillán darauf hin, der Beschluss zur Erhaltung des Schwimmbads Mohnweg stehe unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Frau Koshofer möchte noch anmerken, sie habe einen Sponsor für einen Skaterplatz gehabt, welcher an der Gesamtschule errichtet werden sollte. Es sei ihr jedoch mitgeteilt worden, dass dies nicht der geeignete Platz dafür sei.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, auch die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fänden den Sportentwicklungsplan im Wesentlichen sehr erfreulich und bedankten sich für die geleistete Arbeit. Kritisch anmerken möchte sie noch die Situation bei den Schwimmbädern, vor allem die des Schwimmbads Mohnweg und das Nichtberücksichtigen des Eissports.

Nach Beendigung der Diskussion stellt Frau Lehnert zunächst die beiden Änderungsvorschläge zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt **einstimmig** für die vom Frauenbüro vorgeschlagene Formulierung „Die Befragung zum Sportverhalten zeigt auf, dass **Sportvereine die Interessen von Frauen nur wenig erreichen. Es besteht im Erwachsenenalter insbesondere bei Frauen eine hohe Nachfrage** nach breiten- und freizeitsportlichen Angeboten, die zeitlich flexibel und ohne feste Bindung an Organisationen sind.“

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt **einstimmig** für die von Herrn Neubauer vorgeschlagene Formulierung „„In der Stadt Bergisch Gladbach **soll** es ein ausgewogenes Angebot an Wasserflächen für das Schulschwimmen, den öffentlichen Bade- und Schwimmbetrieb sowie den vereinsorganisierten Schwimmsport **geben**“.

Herr Rockenberg möchte noch ergänzen, man habe natürlich auch darüber diskutiert, welche Sportangebote es außerhalb der städtischen Ressourcen noch gebe, wie z.B. Minigolfplätze, Eissporthalle, die ja privat betrieben würden. Diese seien immer wieder punktuell erwähnt. Allerdings habe

man diese extern betriebenen Sportarten bewusst nicht mit aufgenommen, da dann die Grenze verwässert worden wäre.

Sodann stellt Frau Lehnert den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat, den Sportentwicklungsplan in Form des anliegenden Abschlussberichts des IKPS zur kommunalen Sportentwicklung in Bergisch Gladbach zu beschließen.

7. **Entwurf eines Schulentwicklungsplanes für die Sekundarstufen I und II**
0124/2011

Frau Lehnert weist auf den Antrag der CDU-Fraktion und das Schreiben des Otto-Hahn-Gymnasiums hin. Beides liege den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Mömkes erklärt, die CDU-Fraktion habe einen Antrag formuliert, den sie auch gerne zur Abstimmung stellen möchten. Die Mitteilungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und die Projektarbeit der Studenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung hätten viele Fragen aufgeworfen. Auch die in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen hätten zu deutlichen Unruhen an den Schulen geführt. Befürchtet würden auch möglicherweise negative Auswirkungen auf das Anmeldeverhalten der Eltern für bestimmte Schulformen. Die Erarbeitung eines Schulentwicklungsplan für die nächsten 10 Jahre, bei dem vor allem das Wohl der Schülerinnen und Schüler und die Qualität der Bildungseinrichtungen im Mittelpunkt stehen sollten, benötige Ruhe und Zeit. Darum habe die CDU-Fraktion den Antrag eingebracht und bitte die anderen Fraktionen um ihre Zustimmung, um so zu einem gut überlegten Entscheidungsvorschlag zu kommen.

Herr Neu erklärt, die SPD-Fraktion siehe dies ähnlich und werde dem Antrag zustimmen. Allerdings finde er das Wort „Alternative“ im zweiten Satz des Antrages nicht passend.

Herr Mömkes schlägt vor, das Wort durch „Entscheidungsgrundlage“ zu ersetzen. Der Satz solle somit lauten „Zur Entwicklung einer **Entscheidungsgrundlage** zum vorliegenden Entwurf des Schulentwicklungsplan ...“

Herr Santillán erklärt, auch er finde dies grundsätzlich richtig. Derzeit gebe es noch keinen richtigen Plan. Ferner gebe es in den öffentlichen Diskussionen viele Widersprüche. Daher sei es durchaus richtig, die Betroffenen zusammen zu bringen. Er möchte gerne noch näher konkretisiert haben, was unter Fachleuten der Schulverwaltung und der Schulformen zu verstehen sei. Für ihn sei es nicht ausreichend, wenn nur die Verwaltung und die Schulleiter die Schulentwicklungsplanung erarbeiten würden. Er finde, es müsse zumindest auch ein Teil des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport miteinbezogen werden.

Herr Mömkes entgegnet, eine qualitativ hochwertige Entscheidungsgrundlage könne nur von qualifizierten kompetenten Fachleuten erstellt werden. Der Fachausschuss werde ja vor seiner Entscheidung in den Ausschusssitzungen und in den Fraktionssitzung gründlich beraten. So könnten Änderungswünsche noch rechtzeitig eingebracht werden.

Frau Beisenherz-Galas teilt mit, auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN würden dem Antrag im Wesentlichen zustimmen. Sie möchte noch gerne wissen, ob die Schulleiter der einzelnen Schu-

len dem Arbeitskreis angehörten. Dies würde sie sehr begrüßen, da diese ja die nötige Fachkompetenz besäßen und am unmittelbarsten betroffen seien. Sie möchte noch den Zeitplan ansprechen. Sie finde nicht, dass 2012 bereits ein Ergebnis vorliegen müsse. Die Erstellung benötige Zeit und diese Zeit solle man sich nehmen. Evtl. käme es zu gravierenden, einschneidenden Veränderungen für die Schüler. In diesem sensiblen Bereich müsse man ganz vorsichtig vorgehen. Sie schlage vor die zeitliche Vorgabe in dem Antrag zu streichen.

Frau Lehnert erklärt zur ersten Frage, sie gehe davon aus, dass die Schulleitungen eingebunden würden.

Frau Koshofer freut sich über diesen Antrag. Sie finde es richtig, wenn Fachleute diesen Plan erstellten. Bezüglich der zeitlichen Vorgabe schließe sie sich Frau Beisenherz-Galas an.

Auch Herr Kamp findet, die Entscheidung müsse in aller Ruhe getroffen werden. Er bitte aber darum, den politischen Kräften die Teilnahme an dem Arbeitskreis als Beobachter zu ermöglichen. Dies würde seiner Meinung nach später viele Diskussionen ersparen. Der Schulentwicklungsplan müsse ja auch durch die Politik umgesetzt werden.

Frau Lehnert entgegnet, um zu konstruktiven, fundierten Sachergebnissen zu kommen, brauche man einen handlungsfähigen Arbeitskreis. Der Arbeitskreis sei mit all seinen Fachleuten schon sehr groß. Sie erwarte Zwischenberichte, die über die diskutierten Richtungen informierten. Dies halte sie für ausreichend.

Herr Santillán erklärt, er könne den Antrag mittragen, wenn der Ausschuss regelmäßig über Zwischenberichte informiert werde. Allerdings solle sich der Ausschuss nach der Fertigstellung des Schulentwicklungsplans auch die Zeit nehmen, über diesen Plan zu beraten. Den Zeitrahmen von 2012 halte er für richtig. Angesichts der Zahlen aus den anderen Berichten sehe er in den nächsten Jahren Handlungsbedarf. Die Diskussion unendlich lange hinzuziehen würde nur zu weiteren Unruhe in den Schulen und der Bevölkerung führen. Seiner Meinung nach seien die Fachleute qualifiziert genug, bis 2012 eine Entscheidungsgrundlage vorzulegen.

Herr Neu erklärt, er sehe dies ähnlich. Der Zeitpunkt solle so bleiben. Er möchte aber noch einmal daran erinnern, die letztendliche Entscheidung habe die Politik zu treffen.

Herr Dr. Kerschner teilt mit, die KIDinitiative sei auch für einen Arbeitskreis mit Fachleuten. Bei der dann vorgelegten Entscheidungsgrundlage wünsche er sich gerne verschiedene Möglichkeiten gegenübergestellt zu bekommen - am einfachsten in Tabellenform mit Vor- und Nachteilen -, und nicht nur eine Option, zu der man dann ja oder nein sagen könne.

Auch Frau Lehnert weist darauf hin, sie seien das Gremium, welches entscheide. Es solle sich auch die nötige Zeit genommen werden, um zu einer guten Entscheidung zu kommen, da es hier um die Zukunft Bergisch Gladbachs gehe.

Frau Lehnert stellt den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Frau Beisenherz-Galas beantragt die ersatzlose Streichung des Satzes „Es wird angestrebt, dass der Arbeitskreis bis Beginn des Jahres 2012 ein Ergebnis präsentiert.“

Frau Lehnert lässt zunächst über den Antrag von Frau Beisenherz-Galas zur ersatzlosen Streichung des Satzes „Es wird angestrebt, dass der Arbeitskreis bis Beginn des Jahres 2012 ein Ergebnis präsentiert.“ abstimmen.

Der Antrag von Frau Beisenherz-Galas wird mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90 /DIE GRÜNEN abgelehnt.

Sodann stimmt der Ausschuss über den Antrag der CDU-Fraktion unter Berücksichtigung der Änderung der Formulierung in Satz 2 - das Wort „Alternative“ wird durch „Entscheidungsgrundlage“ ersetzt“ – ab.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt einstimmig für den Antrag der CDU-Fraktion.

8. HSK Maßnahme 4.400.3, Schülerspezialverkehre
0121/2011

Herr Pütz erläutert die Vorlage. Er erklärt, die in der HSK-Maßnahme vorgesehene Einsparung von 100.000 € werde nicht berührt. Durch den geplanten kleineren Schülerspezialverkehr entstünden keine Mehrkosten. Weiterhin teilt er mit, Angebote von Verkehrsträgern habe die Verwaltung noch nicht angefragt, da die politische Ermächtigung noch nicht vorliege.

Frau Lehnert erklärt, es wäre wünschenswert, wenn der Schülerspezialverkehr aus Oberkühlheim und Löhe in einem verringerten Rahmen aufrechterhalten werden könne und trotzdem die Mittel eingespart würden. Dem schließen sich Herr Mömkes und Herr Neu an.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei zwei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die folgende Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes Möglichkeiten zu prüfen, den Schülerspezialverkehr aus Oberkühlheim und Löhe in einem verringerten Umfang aufrecht zu halten

9. Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Organisationsstruktur und Steuerung, Projekte 2011
0657/2010

Herr Dr. Speer berichtet über die Abstimmungsergebnisse des ASSG in der Sitzung vom 01.03.2011 und des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2011. In der Sitzung des ASSG sei der Vorschlag eingebracht worden, dass jede Fraktion **zwei** Mitgliedern in den „Steuerungskreis Bildungslandschaft“ entsenden könne (Ziffer 4, Absatz 4). Der ASSG habe der Vorlage mit der Änderung einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB zugestimmt. Ebenso habe der Jugendhilfeausschuss der Vorlage mit der vorgeschlagenen Änderung mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB zugestimmt.

Frau Lehnert schlägt vor, über den Beschlussvorlage einschließlich der Änderung zu beschließen.

Herr Kamp hat noch eine Anmerkung zu Ziffer 4 – Organisationsstruktur und Steuerung. Danach obliege die Gesamtsteuerung dem Rat. Er halte es für besser, wenn der Ausschuss damit betraut werde.

Herr Dr. Speer erklärt, dies sei ein Thema an dem drei Ausschüsse beteiligt seien. Es sei daher nicht richtig zu sagen, der ABKSS sei der einzige Ausschuss, der die Steuerung vornehmen könne. Um

nicht den gesamten Rat damit zu betrauen bzw. immer drei Ausschüsse zusammenzurufen, gebe es den interfraktionellen Arbeitskreis als Steuerungskreis.

Herr Kamp findet, es könne den Handlungsspielraum z.B. zeitlich einengen, wenn immer drei Ausschüsse damit betraut seien.

Frau Lehnert erklärt, die zeitliche Abfolge werde durch die Beratungsfolge der einzelnen Ausschüsse vorgegeben. Der Jugendhilfeausschuss sei schon sehr originär mit der Materie befasst, siehe Ziffer 3.3. Von daher könne der ABKSS dies nicht alleine beschließen. Auch sei dies eine Querschnittsaufgabe, die den ASSG betreffe.

Herr Santillán erklärt, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe in den anderen Ausschüssen bereits dagegen gestimmt und werde auch in diesem Ausschuss gegen die Vorlage stimmen. Dieses Konzept sei nutzlos und diene ihrer Meinung nur dazu, das marode dreigliedrige Schulsystem weiter zu stützen und zu beschönigen. Nicht desto trotz werde die Fraktion sich natürlich an den politischen Gremien beteiligen.

Frau Winkels hat noch eine Nachfrage zu dem Punkt Ausbau der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I - Arbeitsauftrag - (Ziffer 3.2, Seite 26). Sie möchte gerne wissen, wie weit die Verwaltung in der Bearbeitung des Arbeitsauftrages sei und ob es bereits Zwischenergebnisse gebe. Ferner möchte sie gerne wissen, ob bekannt sei, wann die vorgesehene Novellierung des Kinderbildungsgesetzes eintritt (Ziffer 3.3, Seite 27).

Herr Dr. Speer antwortet, ein Termin für die Novellierung des Kinderbildungsgesetzes sei noch nicht bekannt. Zur ersten Frage erklärt er, es hätten Gespräche zwischen dem Jugendamt (Frau Liebmann) und ihm mit den Schulleitungen der weiterführenden Schulen. Einzig stehe noch das Gespräch mit der Schulleitung der Wilhelm-Wagener-Schule aus. Dieses sei für Ende März terminiert. Die Ergebnisse seien zusammengetragen und würden nun ausgewertet. Die Ausschüsse würden entsprechend informiert.

Frau Glamann-Krüger möchte gerne zu den unter Ziffer 3.3, zweiter Absatz erwähnten Bildungsprojekten im Bockenberg und Gronau weitere Informationen. Sie möchte gerne wissen, wie diese finanziert würden, ob über eine Förderung des Landschaftsverbandes Rheinland oder über die Stadt. Ferner möchte sie nähere Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen auf Seite 28.

Herr Dr. Speer teilt mit, die Frage zu den Projekten im Bockenberg und Gronau werde mit der Niederschrift beantwortet. Zu der Frage der finanziellen Auswirkungen erklärt er, diese seien im Budget – wie angekreuzt – enthalten. Zusätzliche Kosten entstünden keine.

Herr Kamp interessiert die Zusammenarbeit und die Vernetzung mit dem regionalen Bildungsnetzwerk des Kreises.

Herr Dr. Speer erläutert, die Idee der kommunalen Bildungslandschaft sei eine konsequente Fortsetzung des regionalen Bildungsnetzwerkes des Kreises. Das regionale Bildungsnetzwerk beim Kreis habe die Gesamtheit des Kreises im Blick. Für bestimmte Themen aber sei und bleibe die Kommune zuständig. Er selber sei Mitglied im Lenkungskreis des regionalen Bildungsnetzwerkes und könne so im Vorfeld ausschließen, dass bestimmte Themen doppelt bearbeitet würden.

Herr Krauss erklärt, die Einrichtung der Bildungslandschaft sei zu begrüßen, sowie seine Organisationsstruktur und Steuerung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst unter Berücksichtigung der Änderung in Ziffer 4 **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE./BFBB folgenden Beschlussvorschlag:

1. **Der Organisationsstruktur und der Steuerung der Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft durch Politik und Verwaltung wird zugestimmt.**
2. **Die für 2011 vorgesehenen Projekte und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft werden begrüßt.**

Nachrichtlich: Antwort des Fachbereiches 5 zur Frage von Frau Glamann-Krüger:

Im Rahmen des Stadtteilmanagements und der Netzbildung in den Stadtteilen Gronau, Hand und Bockenberg werden sowohl direkte Bildungsangebote und Fördermaßnahmen für Kinder, Jugendliche und deren Familien als auch Fachveranstaltungen für Mitarbeiter aus Schulen und anderen pädagogischen Einrichtungen in Kooperation mit anderen Trägern organisiert und durchgeführt. Die etwaige Förderung durch das Programm des LVR "Teilhabe ermöglichen: Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut" investiert in den gezielten fachlichen Ausbau der Planungsebene von Jugendämtern, nicht aber in konkreten Bildungsmaßnahmen.

10. Kulturprojektförderung 2010
0054/2011

Frau Scheerer möchte gerne wissen, ob die bei zwei Antragstellern bewilligten, aber nicht in Anspruch genommenen Mittel weiter gegeben werden konnten.

Frau Weymans erklärt, die nicht in Anspruch genommenen Mittel konnten in einem Fall an einen abgelehnten Antragsteller weiter gegeben werden. Bei dem zweiten Fall verfielen die Mittel, da der Verzicht auf die Mittel erst im Januar 2011 mitgeteilt wurde.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

11. Jugend musiziert
0037/2011

Frau Lehnert dankt der Städtischen Max-Bruch-Musikschule für ihre hervorragende Arbeit. Die Mitglieder des Ausschusses schließen sich diesem Dank an.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

12. Anmietung einer Bewegungshalle für die VHS
0097/2011

Fr. Dr. Killersreiter erläutert die Vorlage. Sie fügt ergänzend hinzu, der Förderverein der Volkshochschule werde sich mit 2.500 € jährlich an den Mietkosten beteiligen. Sie erklärt ferner, bei einem Wegfall der Bewegungshalle müssten die Vormittagskurse auf Grund fehlender Ausweichmöglichkeiten wegfallen. Diese Vormittagskurse, überwiegend Bewegungskurse im Bereich Gesundheit und Prävention, würden zu 99 % von Frauen besucht. Der Altersdurchschnitt in diesen

Kursen liege bei 65 Jahren. Mit diesen Kursen werde eine Deckung von 230 % erwirtschaftet. Mit dem Ausfall dieser Kurse würden auch Einnahmen i.H.v. ca. 10.000 € wegfallen. Weiterhin müsste die Bewegungshalle rückgebaut werden. Diese Rückbaukosten betragen 10.000 bis 15.000 €

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** die folgende Beschlussempfehlung:

Der Anmietung der Bewegungshalle der VHS Bergisch Gladbach wird zugestimmt. Der Beschluss der HSK-Maßnahme 4.430.1 "Kostenreduzierung für VHS-Bewegungshalle" durch Abmietung des Mehrzweckraumes, Verlagerung des Bewegungsangebotes in städtische Hallen" vom 14.12.2010 wird wie dargestellt modifiziert.

13. Resolution des ABKSS zur Einschränkung der Förderung von Integrationskursen - Stand der Dinge
0087/2011

Herr Dr. Speer teilt mit, Herr Dr. Miede habe dem Ausschuss vorschlagen wollen, eine neue Resolution zu verfassen und diese mit der Zustimmung des Ausschusses an den Rat weiterzuleiten. Die vorherige Resolution habe nicht den erwünschten Erfolg gezeigt. Der Text der Resolution solle nach der Ausschusssitzung verfasst werden und dem Rat für die Sitzung am 29.03.2011 zugeleitet werden mit der Bitte diese Sache an sich zuziehen. Er möchte den Ausschuss bitten, diesem Verfahren - der Vorberatung ohne Kenntnis des Resolutionstextes – zuzustimmen.

Herr Mönkes erklärt, im Grundsatz könne man sich dem nicht verweigern. Allerdings solle der Resolutionsentwurf noch vor der Ratssitzung den Fraktionen vorliegen, damit diese ihn noch beraten und evtl. redaktionellen Änderung vornehmen könnten.

Der Ausschuss zeigt sich einstimmig mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

14. Anträge der Fraktionen

14.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zu Bürgerversammlungen zum Thema "Zukunft der Schulen in Bergisch Gladbach - Schulentwicklungsplan 2020"
0120/2011

Herr Santillán möchte eine Anmerkung zur Stellungnahme der Verwaltung machen. Er möchte ausdrücklich der Aussage der Verwaltung widersprechen, nach der die Bezirksschülervertretung und der Lehrerverband bzw. die Gewerkschaft kein Mandat hätten. Seiner Meinung nach habe die Bezirksschülervertretung, eine Körperschaft im Rheinisch-Bergischen Kreis, auch auf der Ebene der Stadt ein Mandat. Auch die Gewerkschaften, in denen die Lehrer organisiert seien, seien von diesen Dingen betroffen.

In Anbetracht des unter Tagesordnungspunkt 7 getroffenen Beschlusses zum Antrag der CDU-Fraktion jedoch **ziehe** er den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vorerst **zurück**.

14.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB auf Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrganges 2013
0063/2011

Herr Santillán weist auf die Stellungnahme der Verwaltung hin, nach der empfohlen werde, den größten Teil des Antrages - außer den Punkten 3 und 5 - anzunehmen. Die Begründung zu Punkt 5 könne er nachvollziehen, zu Punkt 3 jedoch nicht. Der Bürgermeister setze sich für viele Sachen ein, er solle sich auch für die Probleme der Schülerinnen und Schüler einsetzen. Seiner Meinung nach sei der Ausschuss durchaus berechtigt, den Bürgermeister anzuweisen, sich für die Ausbildungsplätze der Kinder und Jugendlichen einzusetzen.

Herr Neu beantragt über die fünf Beschlusspunkte im Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB einzeln abzustimmen.

Frau Lehnert stellt die einzelnen Beschlusspunkte im Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **lehnt** den Beschluss Nr. 1 **mehrheitlich** gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP **ab**.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **lehnt** den Beschluss Nr. 2 **mehrheitlich** gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB **ab**.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **lehnt** den Beschluss Nr. 3 **mehrheitlich** gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB **ab**.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **lehnt** den Beschluss Nr. 4 **mehrheitlich** gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, KIDinitiative und DIE LINKE./BFBB **ab**.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **lehnt** den Beschluss Nr. 5 **mehrheitlich** gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB **ab**.

14.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zu "Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen und die Auswirkungen der Schulempfehlungen."
0129/2011

Herr Santillán erklärt, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe bereits einen ähnlich lautenden Antrag eingebracht, der aber abgelehnt worden sei. Zwischenzeitlich sei eine Befragung erfolgt, allerdings nur bei den Eltern von Kindern des ersten bis dritten Schuljahrs, nicht jedoch bei den Eltern von Viertklässlern, da zum Zeitraum der Befragung die Kinder bereits an den weiterführenden Schulen angemeldet worden seien. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB halte es jedoch auch für notwendig, zu untersuchen, wie die Eltern von Kindern der vierten Klasse sich vor der Anmeldephase entscheiden würden. Interessant sei auch, ob sich mit dem Wegfall der verbindlichen Schulempfehlung das Anmeldeverhalten der Eltern ändere. Hierzu fehlten ihm ebenfalls Erhebungen. Derzeit gebe es dazu nur Erfahrungswerte von vor 2006. Dafür seien aber Erhebungen bei den Eltern von Viertklässlern notwendig.

Frau Lehnert weist auf das laufende Anmeldeverfahren hin. Im Arbeitskreis würden die Ergebnisse aus dem jetzigen Anmeldeverfahren berücksichtigt.

Herr Schmickler erklärt, die Verwaltung werde die Anmeldezahlen so auswerten und ausdifferenzieren, dass sie für die weiteren Planungen hilfreich seien und Entscheidungen ermöglichen. Die Befragung sei daher derzeit nicht nötig.

Frau Lehnert stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zur Abstimmung.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird **mehrheitlich** gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei drei Enthaltungen aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP **abgelehnt**.

Frau Dietsch möchte noch gerne wissen, warum es im Jahr 2008 an der Integrierten Gesamtschule Paffrath so viele Anmeldungen gegeben habe.

Herr Pütz erklärt, in dem Jahr habe es zum ersten Mal ein vorgezogenes Anmeldeverfahren gegeben. Bis dahin sei das Anmeldeverfahren der IGP zeitgleich mit den Anmeldeverfahren der anderen weiterführenden Schulen gewesen. Die Bezirksregierung Köln habe dann die Städte und Gemeinden gebeten, bei Schulen mit Nachfrageüberhängen das Anmeldeverfahren vorzuziehen, damit Eltern, deren Kinder abgelehnt worden seien, an den anderen Schulen nicht benachteiligt seien. Zusätzlich sehe er Zusammenhänge mit dem verbindlichen Grundschulgutachten, welches damals zu einer verstärkten Anmeldung an der IGP geführt haben könnte. Mit Abschaffung des verbindlichen Grundschulgutachtens würden wieder mehr Kinder bei den Gymnasien angemeldet. Dies sehe man an den jetzt vorliegenden Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr.

15. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Beisenherz-Galas schlägt für die nächste Ausschusssitzung vor, dass Frau Dr. Oelschlägel - als kommissarische Nachfolgerin von Herrn Dr. Vomm - ihr Konzept für die Weiterführung der Städtischen Galerie Villa Zanders dem Ausschuss vorstellt.

Frau Lehnert antwortet, dies stehe für die nächste Ausschusssitzung bereits auf der Tagesordnung.

Herr Santillán möchte in dem Zusammenhang gerne wissen, ob es ein wirtschaftliches Konzept für die Städtische Galerie Villa Zanders gebe. Evtl. könne der Ausschuss in der nächsten Sitzung dann auch eine Vorstellung über die Finanzierbarkeit erhalten. Der Trägerverein und die Artothek müssten ja auch wissen, auf welche wirtschaftliche Basis die Weiterführung gestellt sei.

Herr Schmickler weist Herrn Santillán auf die beschlossene HSK-Maßnahme hin. Danach habe die Verwaltung einen klaren Auftrag, der bearbeitet werde. In überschaubarer Zeit würden dem Ausschuss Umsetzungswege aufgezeigt, damit die HSK-Ziele in den wesentlichen Punkten auch erreicht werden könnten. Ob und in wie weit dies gelinge, sei dann der Vorlage zu entnehmen.

Frau Lehnert schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Elke Lehnert
Stellvertretende Vorsitzende des
Ausschusses für Bildung, Kultur,
Schule und Sport

Dr. Lothar Speer
Fachbereichsleiter

Petra Weymans
Schriftführerin